

Der Militärherrscher wird zivil

Fidschi. Acht Jahre nach seinem Putsch gibt der starke Mann des pazifischen Inselstaates die Leitung der Streitkräfte ab – nicht aber seinen Führungsanspruch.

SUVA (SN). Der Zyklon, der vor einigen Wochen über dem Südsee-Staat Fidschi wütete, hat seine 39-jährige Armeelaufbahn um einige Tage verlängert. Nun aber ist sie – offiziell zumindest – vorbei: Commodore Frank Bainimarama hat bei einer Zeremonie in der Hauptstadt Suva die Führung der Streitkräfte an seine Nummer zwei, Brigadier Mosese Tikoitoga, übergeben. Bainimarama will bei den Wahlen im September als Kandidat antreten. Laut neuer Verfassung aber dürfen Soldaten kein politisches Amt mehr innehaben. Der 59-jährige Bainimarama hatte 2006 die zivile Regierung weggeputscht und führt seit 2007 als Premier und Militärchef in Personalunion die Geschicke des Landes. Für Fidschi war es der dritte Putsch in zwanzig Jahren.

Als Begründung für den Umsturz gab Bainimarama stets an, mit der nach seinem Befinden korrupten Politik aufräumen und das Land in eine „echte“ Demokratie überführen zu wollen, in der auch

soll aber alles anders werden, darf man Fidschis starkem Mann glauben. Der neue Militärchef Tikoitoga gilt als loyal. Er wurde aber nicht müde zu betonen, dass die Armee den Ausgang der Wahlen akzeptieren werde, selbst wenn sein Ex-Chef nicht obsiegen sollte. Die politischen Beobachter gestehen dem Zivilisten Bainimarama beste Chancen zu, die Wahlen für sich zu entscheiden. Bei einer Umfrage einer Tageszeitung gaben zuletzt 79 Prozent der Befragten an, ihn wählen zu wollen – auch wenn noch völlig unklar ist, wie die Partei, mit der er in den Wahlkampf zieht, aussehen wird. Der Commodore ist beim Volk nicht unbeliebt. Er führte vergünstigte Schulgebühren und Bustickets ein, verbesserte die Krankenversorgung. Hinzu kommt, dass Bainimarama die Opposition in den acht Jahren seiner Macht zu sehr geschwächt hat, als dass ihm echte Konkurrenz erwachsen könnte.

Fidschi wirkt für die vielen Touristen, die an den Stränden ausspannen, zwar nicht wie ein Polizeistaat. Hinter der Traumkulisse aber sind die Freiheiten gering. Die Presse ist zensiert, Menschenrechtsorganisationen werfen dem Regime vor, Oppositionelle und Kritiker wiederholt geschlagen und misshandelt zu haben, die Versammlungsfreiheit ist eingeschränkt. Die neue Verfassung – die alte von 1997 hatte Bainimarama 2009 außer Kraft gesetzt – enthält viele Schlupfwinkel, um demokratische Rechte auszusetzen. Die vier Parteien, die sich neben Bainimarama den Wahlen stellen, klagten unter der Hand, ein fairer Wahlkampf sei unmöglich.

Trotz dieser Bedenken nehmen die Regionalmächte Australien und Neuseeland Bainimaramas Verzicht auf die Militärführung positiv auf. Die australische Außenministerin Julie Bishop begrüßte den „Schritt hin zu einer parlamentarischen Demokratie“. Die Sanktionen gegen Bainimarama bleiben vorderhand aber bestehen. So ist Fidschi weiterhin aus der Regionalorganisation Pacific Islands Forum ausgeschlossen. Für den Commodore und seine Klientel gelten Einreisesperren in Australien und Neuseeland.



Commodore Frank Bainimarama putschte sich 2006 an die Macht.

Bild: Getty Images, Grafik: Graphic News

Bild: SN



ELIO STAMM
berichtet für die SN
aus dem Pazifikraum

die 40 Prozent der Bevölkerung, die indischstämmig sind, eine führende Rolle spielen können. Nach den Staatsstreichen 1987 und 2000 waren die Rechte der Indo-Fidschianer, Nachfahren der im 19. Jahrhundert von den Briten für die Bestellung der Zuckerrohrplantagen geholten Arbeiter, beschränkt worden. Bei der Stabübergabe betonte Bainimarama nun nochmals: „Es sollte uns allen im Militär klar sein, dass wir das Richtige getan haben und Fidschi vereinigen werden.“

Mit dem Schritt zurück zur Demokratie hat der Commodore allerdings lange gewartet. Seine Putsch-Kumpare sind inzwischen auf hohen Posten. Einige sind Minister, andere hohe Funktionäre in der Verwaltung, je einer Polizeichef und Vorsitzender der Justizvollzugsbehörden. Mit den für Herbst angekündigten Wahlen

Daten & Fakten

Wo die Männer Röcke tragen

Fidschi ist ein aus mehr als 300 Inseln bestehender Staat, der seit 1970 von Großbritannien unabhängig ist. Etwa 200 Inseln sind von 900.000 Menschen bewohnt. Die Hauptstadt Suva zählt rund 87.000 Einwohner. 60 Prozent der Bevölkerung sind ethnische Melanesier. Der Rest ist vorwiegend indischstämmig. Es handelt sich um die Nachfahren indischer Arbeiter auf den Zuckerrohrplantagen, die seit Ende des 19. Jahrhunderts von den Kolonialherren ins Land gebracht worden waren. Als 1987 indische Parteien die Wahlen gewannen, kam es zu einem ersten Putsch, der die Vorherrschaft

der Melanesier wiederherstellte. 1999 wurde Mahendra Chaudry nach seinem Wahlsieg der erste indischstämmige Premier, wurde aber im Jahr darauf bei einem Putsch gestürzt. Es folgte ein melanesischer Premier. 2006 setzte sich der jetzige Machthaber Frank Bainimarama an die Spitze. Der indische Teil der Bevölkerung ist wirtschaftlich dominierend.

Weltspitze im Rugby

Fidschi mischt beim Rugby in der internationalen Spitze mit. Es gibt beinahe 90.000 lizenzierte Rugbyspieler. Die Sportart wurde angeblich erstmals 1884

von Europäern und Fidschianern auf der Hauptinsel Viti Levu gespielt. Das erste Länderspiel fand 1924 gegen Tonga statt. Die Nationalkleidung in Fidschi ist der Sulu. Dieser Rock wird von Männern und Frauen gleichermaßen getragen. Er variiert in der Länge. Maßgeschneiderte Sulus mit Taschen und Gürtel, Sandalen, weißem Hemd, manchmal Krawatte und Sakko sind formelle Businesskleidung der Männer. Offizielle Sulus für Polizei und Militär sind am unteren, deutlich über das Knie reichenden Rand gezackt. Sulus gelten als Vorrecht der melanesischen Bevölkerung. **SN-strick**

WELT KOMPAKT

Tot nach 269 Tagen im Koma

ISTANBUL (SN, dpa). Der Tod eines vor neun Monaten von der türkischen Polizei schwer verletzten Buben hat neue Proteste ausgelöst. Nachdem der 15-Jährige am Dienstag im Koma starb, kam es vor dem Krankenhaus in Istanbul zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei, wie Augenzeugen berichteten. Die Polizei setzte auch dieses Mal Tränengas ein. Proteste gab es auch in Ankara und Izmir.

Berkin Elvan war im Juni vergangenen Jahres auf dem Höhepunkt der Proteste gegen die islamisch-konservative Regierung von einer Tränengasgranate der Polizei am Kopf getroffen worden. Nach Darstellung seiner Familie war er unterwegs, um Brot zu holen. Bei den Protesten waren fünf Demonstranten und ein Polizist ums Leben gekommen. Am Diens-

tag versuchten Demonstranten nahe dem Krankenhaus Barrikaden zu errichten, um die Polizei zu stoppen. Sie warfen Steine auf die Polizei und Polizeiwagen. Am Vortag hatte die Polizei eine Mahnwache für den Jugendlichen am Krankenhaus gewaltsam aufgelöst und mehrere Menschen festgenommen.

Staatspräsident Abdullah Gül drückte der Familie des Buben am Dienstag sein Beileid aus. Er rief dazu auf, neues Leid zu verhindern. Dies habe er auch den Behörden der Provinz Istanbul gesagt. Die Proteste hatten sich im vergangenen Sommer an Plänen der Regierung entzündet, den Gezi-Park am Rande des Taksim-Platzes zu bebauen. Sie richteten sich bald vor allem gegen den autoritären Regierungsstil von Premier Recep Tayyip Erdogan.



Vor dem Krankenhaus in Istanbul hielten am Dienstag Menschen Mahnwache für Berkin Elvan.

Bild: SN/AP

Mehrheit der Briten will in der EU bleiben

LONDON (SN, Reuters). Laut einer aktuellen Umfrage wollen derzeit 41% der Briten in der EU bleiben, 39 wollen austreten. 2012 lagen die Austrittsbefürworter noch bei 63 Prozent. Der konservative Premier David Cameron hatte unter Druck der EU-Skeptiker eine Volksabstimmung nach der Wahl 2015 angekündigt.

Öltanker entwischt libyscher Marine

TRIPOLIS (SN, dpa). Einem nordkoreanischen Öltanker gelang die Flucht ins offene Meer. Das Schiff hatte in Al Sidra Öl geladen, das eine bislang von niemandem anerkannte Autonomieregierung ohne Genehmigung der Behörden verkauft hatte. Die libysche Regierung ließ das Schiff blockieren. Nun konnte es entweichen.

US-Senatorin kritisiert Geheimdienst massiv

WASHINGTON (SN, dpa). Der US-Geheimdienst CIA hat bei einem angeblichen Spähangriff auf Senatscomputer möglicherweise gegen die Verfassung verstoßen. Diesen und weitere schwere Vorwürfe erhob die Vorsitzende im Geheimdienstsausschuss des Senats, Dianne Feinstein, im Kongress. Der Auslandsspionagedienst habe die Computer von Mitarbeitern der Senatoren angezapft und Dokumente entfernt.

Islamisten fordern Angriffe gegen Paris

PARIS (SN, Reuters). Islamisten haben im Internet zu Angriffen auf Frankreich sowie zur Ermordung von Präsident François Hollande aufgerufen. Die Einsätze in Mali und der Zentralafrikanischen Republik müssten vergolten werden.